



**Bund der Steuerzahler
Saarland e.V.**

BUND DER STEUERZAHLER · Talstraße 34-42 · 66119 Saarbrücken

Herrn
Gilbert Kallenborn
Elbinger Str. 19
66798 Wallerfangen

Talstraße 34-42
66119 Saarbrücken

Telefon 06 81 / 5 00 84 13
Telefax 06 81 / 5 00 84 99

E-mail: BdSt.Saar@t-online.de

www.steuerzahler-saarland.de

Saarbrücken, den 30.10.2012

Sehr geehrter Herr Kallenborn,

wie mit Herrn Walter besprochen überreichen wir Ihnen
Kopie eines Artikels in der Sbr. Zeitung v. 12.10.12 und
Kopie unseres Schreibens an den Fraktionsvorsitzenden der
CDU, Klaus Meiser.

Mit freundlichen Grüßen
Bund der Steuerzahler Saarland e.V.


Waltraud Magnani

*"Saarbrücker Zeitung"
v. 12. Oktober 2012*

S2 12. 10. 2012

CDU-Fraktion verteidigt 30 000-Euro-Party Kramp-Karrenbauers

Meiser: „Vertretbarer und angemessener Aufwand“ für Geburtstagsfeier der Ministerpräsidentin – Opposition äußert sich zurückhaltend

Für die Landtags-CDU steht fest: Die Kosten von 30 000 Euro für die Geburtstagsfeier von Regierungschefin Kramp-Karrenbauer sind gerechtfertigt. Zumal bei dem Fest ahngediente Abgeordnete verabschiedet worden seien.

Saarbrücken. CDU-Landtags-Fraktionschef Klaus Meiser hat die Vorwürfe zurückgewiesen, beim Empfang zum 50. Geburtstag von Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer sei leichtfertig mit Steuergeldern umgegangen wor-

den. Die CDU-Fraktion hatte Mitte August in die Gebälleshalle der Alten Völklinger Hütte zu einem festlichen Abend anlässlich des runden Geburtstages der Regierungschefin eingeladen.

Meiser bestätigte gestern der SZ die Kosten von 30 000 Euro für den Empfang der rund 270 Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens. In der Summe enthalten seien die gesonten Aufwendungen: von der Hallenmiete über die Beschallungstechnik bis hin zum Büfett.

Gezahlt wurde aus der Fraktionskasse – also mit Steuergeldern. Für Meiser ein „vertretbarer und angemessener Aufwand“.

Zumal bei dieser Gelegenheit auch fünf ehemalige Abgeordnete offiziell verabschiedet worden seien. Darunter die Parlamentarier und Ex-Minister Peter Jacoby und Karl Rauber. In der Vergangenheit hatte es laut Meiser für eine solche Verabschiedung stets ein eigenes Fest gegeben. Es gehe darum, auch in finanziell schwierigen Zeiten „die richtige

Mitte zu finden“, meinte der Fraktions-Chef.

Rückendeckung in der Diskussion gab es vom Koalitionspartner SPD. „Es ist Sache der CDU, wie sie diese Mittel ausgibt“, erklärte Fraktionssprecher Matthias Jöran Bernitsen. „Wir sehen keinen Grund zur Kritik daran, dass die Fraktion für ein solch hervorzuhebendes Mitglied wie der amtierenden Ministerpräsidentin einen Geburtstagsempfang ausrichtet.“ Die oppositionellen Linken und Grünen nannten es „eine Sache des Landesrechnungshofes, die Rechtmäßigkeit der Verwendung von Fraktionsgeldern zu überprüfen“. Das sei keine Angelegenheit der Fraktionen untereinander. Die Piraten äußerten keine Bedenken gegen einen solchen Empfang. Allerdings: Die Partei hätte zahlen müssen, da sie sich im Gegensatz zur Fraktion weit weniger aus Steuergeldern finanziert. Dieses Geld fehlt der CDU für die parlamentarische Arbeit“, sagte Michael Neyses.

Ein Period:

31.10.2012

Abs.: **Gilbert Kallenborn**

Elbinger Str.19

66798 Wallerfangen

*An dem Deutschen**Bundestag**Referat PM 3 - Parteifinanzierung -**11011 Berlin*Eingabe gegen Missbrauch von Steuergeldern/Fraktionsgelderndurch die CDU Saar (Regierungspartei)wegen 30.000-Euro-Party der Ministerpräsidentin im August 2012

Sehr geehrte Sachbearbeiter/innen,

nachdem ich bereits den Missbrauch von Steuergeldern durch die „Versöhnungs-“

Bootsfahrt Oskar Lafontaine und Gregor Gysi am 7.7.2012 auf der Saarschleife

angegriffen habe und eine Untersuchung von Amts wegen beim Deutschen Bundestag

erreichte

Az.: *PM 3-5040-88125*

greife ich in gleicher Konsequenz den Missbrauch von 30.000 Euro Fraktionsgeldern für die Geburtstagsparty des 50. Geburtstages der saarl. Ministerpräsidentin Frau Annegret Kramp-Karrenbauer Mitte August 2012 an.

Da die saarländischen Parteien offenkundig von Die Linke bis zur CDU angefangen haben, Fraktionsgelder und Fraktionsarbeit als Beute der Regierenden oder derjenigen, die ihre eigene Parteikasse in den Bankrott -Insolvenz-gewirtschaftet haben, zu begreifen, ist eine Überprüfung durch den Deutschen Bundestag angezeigt und notwendig.

Daß in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Verelendung genau die Parteien die „Sparen ,sparen“ (CDU) oder „Soziale Gerechtigkeit „ (Die Linke) im Munde führen, sich dermaßen ungeniert und ohne Sorge um Konsequenzen -auch etwa von Bußgeldern- am Steuergeldtopf der Fraktionen selbst bedienen, kann nicht alleine etwa vom saarländischen Rechnungshof geprüft, geschweige denn allein bewältigt werden.

Denn hier besteht offenkundig Wiederholungsgefahr Bundesweit.

Nachdem Die Linke Saar Steuergelder angriff, ohne jeden Fraktionsbeschluss, durch Alleindiktat v. Oskar Lafontaine -was mir aus dem inneren Kreis der Linken verbindlich als Fakt mitgeteilt wurde- um am 7.7.2012 mit Gregor Gysi auf der Saar

- 1 -



spazieren zu fahren, ahmte die CDU direkt im August 2012 den Steuergeldmissbrauch nach, indem sie 30.000 Euro Fraktionsgelder für die Geburtstagsfeier (!!!) der Ministerpräsidentin und CDU-Vorsitzenden Kramp-Karrenbauer missbrauchte.

Hier war reine Bezahlung durch die Partei, nicht aber Angriff der Fraktionsgelder, rechtens. Hier wird Gutsherrn(oder, Frau-)artig Missbrauch betrieben.

Gemäß § 5 des Gesetzes über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen des Landtages, dürfen die Fraktionen die aus dem Landeshaushalt bereitgestellten Geldleistungen nur für die Aufgaben verwenden, die ihnen nach der Verfassung, dem Landtagsgesetz, diesem Gesetz oder der Geschäftsordnung des Landtages obliegen.

Eine Verwendung für Parteiaufgaben ist unzulässig.

Die Bezahlung der 30.000 Euro Geburtstagsfeier der CDU-Ministerpräsidentin aus Fraktionsmitteln ist genauso unzulässig, wie die Bezahlung der Bootsfahrt Der Linken .

Die Parteien, die ihre Parteikasse ins minus gewirtschaftet haben, greifen hier ohne jede Skrupel -ja ohne jede Scham vor den vielen Arbeitslosen oder Hartz-4 Empfängern die Fraktionsgelder in Höhe tausender v. Euro für parteiliche Selbstbelustigungen oder Parteieigenwerbung an, bei der CDU waren 270 Gäste eingeladen und mit Steuergeldern verköstigt worden, in der alten Gebläsehalle der Völklinger Hütte, bei den Linken wurden ca. 300 Parteimitglieder auf der Saarschleife bei Mettlach ebenso verköstigt und per Boot spazierengefahren.

Der Bezug zu parlamentarischer Fraktionsarbeit ist gleich null. Parlamentarismus selber wird so de facto wie de jure pervertiert, nicht realisiert, ausgehöhlt, untergraben.

Fällt der Deutsche Bundestag hier nicht rasch einen Grundsatzentscheid

so werden anderen Parteien und sogar andere Bundesländer nachahmen, gleichziehen und der v.d. Saar vorgemachte Selbstbedienungsladen wird bundesweit ungebremster Willkürzustand. Der Staat wird zur Beute der Parteien, der Bürger zum Stimmvieh degradiert.

Daß hier obendrein Verantwortliche in der Presse erklären „...die richtige Mitte gefunden“ zu haben -so der CDU -Fraktionschef Saar, Klaus Meiser -muss als blanker Hohn empfunden werden. Wenn diese 30.000 Euro als die „richtige Mitte“ empfunden und öffentlich erklärt werden, dann ist das die konkrete Darlegung der Wiederholungsgefahr.

Die einzige Partei im Saar-Landtag, die dieser Selbstbedienung der Herrschenden widersprach war die kleine Fraktion der Piraten. Der Rest der Parteien schwieg feige. Entweder, weil sie selber derartige politische „Leichen im Keller“ haben, oder planen, dort welche zu beerdigen. Parlamentarische Arbeit wurde nie schlimmer

31.10.2012

- 2 -



politisch, rechtlich und rechtspolitisch pervertiert.

Parteien, die so kurz nach der durch Misswirtschaft und Missbrauch
erzwungenen Saar-Neuwahl des Landtages nach Zusammenbruch der sog.
„Jamaika“-Koalition aus CDU, FDP und Grünen,

sich an Steuergeldern vergreifen, ohne jede Skrupel

ohne jede vorherige Prüfung der Rechtslage, ohne Fraktionsbeschluss,

mit Bootsfahrten(!) und Geburtstagsfeiern (!)

tatsächliche Partei-Eigenveranstaltungen ohne jeden Bezug zu parlamentarischer
Arbeit

sorgen für die wachsende Politikverdrossenheit der Bürger und das Abdriften
in Extreme Lager und diese Gefahr ist der tatsächliche Schaden,
höher und gefährlicher als der selber unhinnehmbare monetäre Schaden.

Ich ersuche 1.) den Vorgang als verdeckte Parteienfinanzierung festzustellen

- 2.) Die CDU Saar zu verpflichten, das Geld zurückzutahlen
in die Fraktionskasse
- 3.) Ein Bußgeld zu verhängen

anbei : Zeitungsmeldung der „SZ“ Redakteur Herr Guido Peters v. 12.10.2012

ebenso berichtete der Saarländische Rundfunk -SR – am 2.10.2012

Der Bund der Steuerzahler Saarland e.V. hat bereits am 10.10.2012 den
CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Meiser angeschrieben, eine konkrete Antwort
wird bislang verweigert und unterdrückt.

3-Anlagen -

X u. d.
Bilte um
Eingangsbefestigung

Hochachtungsvoll
ggr.

Kallenborn
31.10.2012

Herrn Fraktionsvorsitzender
Klaus Meiser
CDU-Fraktion im Landtag des Saarlandes
Franz-Josef-Röder Str. 7
66119 Saarbrücken

Saarbrücken, den 10.10.2012

Kosten der Geburtstagsfeier der Ministerpräsidentin

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender,

gem. § 5 des Gesetzes über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen des Landtages dürfen die Fraktionen die aus dem Landeshaushalt bereitgestellten Geldleistungen nur für Aufgaben verwenden, die ihnen nach der Verfassung, dem Landtagsgesetz, diesem Gesetz oder der Geschäftsordnung des Landtages obliegen. Eine Verwendung für Parteiaufgaben ist unzulässig.

Der Saarländische Rundfunk hat am 2.10.2012 auf seiner Internetseite die Nachricht veröffentlicht, dass die Kosten der Geburtsfeier von Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer im August diesen Jahres von der CDU-Fraktion bezahlt wurden. Die Kosten Veranstaltung wurden mit 30.000 EUR beziffert.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Berichterstattung des saarländischen Rundfunks zutreffend?
2. Teilen Sie uns bitte, durch welche Fraktionsaufgabe diese Ausgabe verursacht wurde.
3. Wie lässt sich diese finanzielle Ausgabe, die letztendlich aus Steuermitteln bestritten wird, vor dem Hintergrund der saarländischen Haushaltsnotlage rechtfertigen?

Für die Beantwortung unserer Fragen bedanken wir uns schon jetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Walter

" Saarbrücker Zeitung "
11. 12. Oktober 2012

SZ 12. 10. 2012

CDU-Fraktion verteidigt 30 000-Euro-Party Kramp-Karrenbauers

Meiser: „Vertretbarer und angemessener Aufwand“ für Geburtstagsfeier der Ministerpräsidentin - Opposition äußert sich zurückhaltend

Für die Landtags-CDU steht fest: Die Kosten von 30 000 Euro für die Geburtstagsfeier von Regierungschefin Kramp-Karrenbauer sind gerechtfertigt. Zumal bei dem fest allgediente Abgeordnete verabschiedet worden seien.

Saarbrücken. CDU-Landtagsfraktionschef Klaus Meiser hat Vorwürfe zurückgewiesen, beim Empfang zum 50. Geburtstag von Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer sei leichtfertig mit Steuergeldern umgegangen wor-

den. Die CDU-Fraktion hatte Mitte August in die Gebälsehalle der Alten Völklinger Hütte zu einem festlichen Abend anlässlich des runden Geburtstages der Regierungschefin eingeladen. Meiser bestätigte gestern der SZ die Kosten von 30 000 Euro für den Empfang der rund 270 Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens. In der Summe enthalten seien die gesamten Aufwendungen von der Halle miete über die Beschallungstechnik bis hin zum Büffet.

Gezahlt wurde aus der Fraktionskasse - also mit Steuergeldern. Für Meiser ein „vertretbarer und angemessener Aufwand“. Zumal bei dieser Gelegenheit auch fünf ehemalige Abgeordnete offiziell verabschiedet worden seien. Darunter die Parlamentarier und Ex-Minister Peter Jacoby und Karl Rauber. In der Vergangenheit hatte es laut Meiser für eine solche Verabschiedung stets ein eigenes Fest gegeben. Es gehe darum, auch in finanziell schwierigen Zeiten „die richtige

Mitte zu finden“, meinte der Fraktions-Chef.

Rückendeckung in der Diskussion gab es vom Koalitionspartner SPD. „Es ist Sache der CDU, wie sie diese Mittel ausgibt“, erklärte Fraktionssprecher Matthias Jöran Bernitsen. „Wir sehen keinen Grund zur Kritik daran, dass die Fraktion für ein solch hervorzuhebendes Mitglied wie der amtierenden Ministerpräsidentin einen Geburtstagsempfang ausrichtet.“ Die oppositionellen Linken und Grünen nannten es „eine Sache des Landesrechnungshofes, die Rechtmäßigkeit der Verwendung von Fraktionsgeldern zu überprüfen“. Das sei keine Angelegenheit der Fraktionen untereinander. Die Piraten äußerten keine Bedenken gegenüber einem solchen Empfang. Allerdings: Die Partei hätte zahlen müssen, da sie sich im Gegensatz zur Fraktion weit weniger aus Steuergeldern finanziert. Dieses Geld fehlt der CDU für die parlamentarische Arbeit“, sagte Michael Neyses.

Ein posied:

